

von
Michael Tan

Fenster der Hoffnung

Der Autor ist
Professor für
Anthropologie
und Rektor der
University of
the Philippines
Diliman.

Aus dem
Englischen von
Robert Bude

Gemeinsam mit einer Regierungsvertreterin besuchte ich vor einiger Zeit eine der ärmeren Gemeinden innerhalb der *UP Diliman*. Die Regierungsvertreterin fragte den Barangay-Vorsteher, wie es sich mit dem Drogenproblem in der Gegend verhalte. »Ehrlich gesagt«, antwortete dieser, »ist es immer noch schlimm. Sechs Personen wurden getötet, aber die Leute nehmen immer noch Drogen und rechtfertigen es damit, dass sie durch den Drogenkonsum wachbleiben oder den Hunger in der Nacht vergessen können.« In einer anderen Gemeinde waren die Verhältnisse noch schlimmer. Hier traf ich vor einigen Monaten einen Jungen mit einer Kopfverletzung. Die Barangay-Vorsteherin erklärte mir damals: »Minartilyo ng tatay. Lasing kasi.« (»Sein Vater hat ihn mit einem Hammer geschlagen. Er war betrunken.«) Die Tatsache, dass der Junge an dem ALS-Programm (*alternate learning system*) teilnimmt, das ihm durch Intensivkurse am Wochenende ermöglicht, die High School abzuschließen, war mir zumindest ein kleiner Trost.

Als ich der Gemeinde kürzlich einen neuerlichen Besuch abstattete, war ich hoffnungsvoller und wollte von der Barangay-Vorsteherin wissen, wie es dem Jungen jetzt ging. Aber sie antwortete nur voller Trauer: »Er ist im Gefängnis. Bei einer Razzia fand man Drogen im Haus. Sie gehörten zwar dem Vater, aber sie haben auch den Jungen mitgenommen.«

Trotz aller Bemühungen und Projekte in den Barangays höre ich solche Geschichten immer wieder – Geschichten voller Verzweiflung. Dieses Mal haben sie allerdings noch mehr Bedeutung als sonst. Ich war unterwegs zur Unterzeichnung eines Vertragsmemorandums zwischen der *UP Diliman* und der Menschenrechtskommission, da auf unserem Campus in Pampanga ein Zentrum für Menschenrechtsbildung eingerichtet werden soll. Bei der Unterzeichnung erzählte ich von meinen Erlebnissen und bat darum, dass dieses Projekt einen neuen und passenden Ansatz wählt, um Menschenrechte und das Wissen über sie zu vermitteln.

68 Jahre

Am 10. Dezember ist der 68. Jahrestag der Menschenrechtserklärung. Das Konzept der Menschenrechte ist zwar älter, aber erst die Schrecken des Zweiten Weltkriegs führten zu solch einer allgemeinen Übereinkunft.

In der Schule hatte ich trotzdem nie von Menschenrechten gehört. Erst während der Notstandsgesetze in den 1970er Jahren, als ich bereits auf der Universität war, kam ich mit ihnen in Berührung – allerdings auch hier außerhalb des Unterrichts. Damals waren es meist Gruppen aus religiösen oder juristischen Kreisen, die Menschenrechtsverletzungen aufzeigten. AktivistInnen klärten uns z. B. über

Noch ist die
Unterstützung
für »Papa
Duterte«
immens.
Manila, 2017
Foto:
Niklas Reese



unsere Rechte auf, die wir haben, wenn wir von der Polizei angehalten, befragt, untersucht oder festgenommen werden.

Es war wichtig, sich seiner Rechte bewusst zu sein, aber dennoch schienen für die AktivistInnen zwei Bereiche unverbunden nebeneinander zu stehen: die Menschenrechte sowie das Recht auf Nahrung, Kleidung und Unterkunft, kurz die Erfüllung der menschlichen Grundbedürfnisse. Die einen AktivistInnen waren auf die Menschenrechte fokussiert, die anderen organisierten Gemeinden zum Thema Grundbedürfnisse. Nichtsdestotrotz war es der größte Erfolg der AktivistInnen in der Zeit des Kriegsrechts, sich von der Furcht zu befreien, sich frei zu äußern und die Wahrheit auszusprechen. Und das war manchmal sogar von Erfolg gekrönt.

Nach dem Ende der Diktatur wurden Menschenrechte schließlich zu einem Schlagwort, das von Behörden und Ämtern genutzt wurde, um Veranstaltungen o. ä. abzuhalten. Jedoch war es oft sehr zynisch, wenn Beamte »Ach, Menschenrechte, Menschenrechte (*pa human rights human rights*)« sagten, denn die Wiederholung des Ausdrucks machte deutlich, dass man ihn nicht wirklich ernst nahm.

Das war vor allem bei den zahlreichen, oft internationalen HIV-Programmen der Fall, die Infizierte vor Belästigungen schützen sollten. Hinter vorgehaltener Hand hörte man hier oft das »human rights human rights« und die Forderung, alle Infizierten doch in Quarantäne zu stecken.

Beim Drogenproblem heute ist es ähnlich, nur dass wir nun sogar eine Regierung haben, die sich über die Idee der Menschenrechte lustig macht. Die »Gutwilligen« rufen danach, alle einzusperrern; die Gnadenloseren möchten gleich alle beseitigen.

Praxisnähe

Die Achtung der Menschenrechte ist nicht nur eine abstrakte moralische Forderung, sondern auch eine sehr konkrete. Menschenrechte zu verletzen, um das Drogen- oder das AIDS-Problem in den Griff zu kriegen, funktioniert einfach nicht. Leute werden dazu gezwungen abzutauchen, während Verbrecher und die kollaborierende Polizei ihre Macht steigern und Drogenabhängige (aber auch AIDS-Infizierte) daran gehindert werden, sich professionelle Hilfe zu suchen. Hinzu kommt, dass zahlreiche Unschuldige verhaftet oder getötet werden, während die mächtigen Hintermänner ungeschoren davonkommen. Die Menschenrechte, die ohnehin keinen festen Stand in der Gesellschaft haben, werden zusätzlich aufgeweicht, denn die Allgemeinheit denkt: »Na also! Erschießt sie einfach, dann gibt es keine Drogenabhängige und Dealer mehr.«

Durch diesen »Erfolg« sinkt die Akzeptanz für die Menschenrechte immer mehr. Bei einer solchen Ent-

»Krieg gegen die Drogen nötig, um der Wirtschaft Sicherheit bieten zu können.«

Finanzminister Dominguez

Investoren sollten verstehen, dass die blutigen Razzien gegen den Drogenhandel – die global Wellen der Empörung entfachen – Teil von Bemühungen sind, Rechtsstaatlichkeit (*Rule of Law*) zu fördern, derer es für ein friedliches und wirtschaftsfreundliches Umfeld bedarf, so der philippinische Finanzminister Carlos Dominguez III. bei einem Wirtschaftsforum in Washington D. C.

»Während der Krieg gegen die Drogen zweifellos Aufmerksamkeit erregt, ist er nur ein Teil umfangreicher Bestrebungen, Rechtsstaatlichkeit durchzusetzen, dem organisierten Verbrechen in einigen unserer Regierungsinstitutionen ein Ende zu bereiten und den Respekt unserer Bevölkerung für unseren Staat zurückzugewinnen«, so Dominguez in einer Pressemitteilung. Er zitierte dabei auch eine Studie über Straflosigkeit der Universidad de las Americas in Mexiko, in der die Philippinen als das Land ausgemacht wurden, in dem Straflosigkeit am meisten verbreitet sei. »Das zeigt, dass in unserem Land Gesetze weitgehend ignoriert werden. Demnach brauchen wir nicht mehr Gesetze, sondern eine stärkere Durchsetzung.«

(Quelle: *Anti-drug war needed to ensure country safe for business – Finance chief, The Manila Times, 7.10.2016*)

wertung des menschlichen Lebens bleibt wenig, was einen Mann davon abhält, seine Frau zu verprügeln oder auf seinen Sohn mit einem Hammer einzuschlagen.

Wir müssen wieder zu den Grundlagen zurückkehren, um den Leuten die Menschenrechte näher zu bringen. Wir müssen danach fragen, woran sie denken, wenn sie das Wort »*karapatan*« (Recht) hören. Kinder dürften vom Recht auf Bildung sprechen, vom Recht, nicht wüst beschimpft und verprügelt zu werden. Erwachsene dürften primär an Wohnungen und an Arbeit denken, was essentiell und verständlich ist. Darüber hinaus muss es aber auch um das Recht auf freie Meinungsäußerung gehen und um den Schutz vor Gewalt.

Unser Zentrum in Pampanga soll auf Kapampangan (die lokale Sprache, Anm. d. Red.) Geschichten veröffentlichen und Schlüsselbegriffe benennen, um klarzumachen, welcher Zusammenhang besteht, frei von Existenznot und frei von Furcht zu sein. Jedes Menschenrecht muss als Fenster betrachtet werden, als Mittel, um die Probleme der Welt zu verstehen und sie zu lösen. Denn wenn Leute eine umfassendere Perspektive auf ihre gesellschaftliche Realität haben, dann haben sie vielleicht auch mehr Gründe zu hoffen. ■

Der Artikel ist am 7. Dezember 2016 in der Zeitung *Philippine Daily Inquirer* erschienen.